sie sich unter unserem Einfluß zum Kommunismus entwickelt und den Anschluß an die KPD. vollzieht, oder ob sie den hoffnungslosen Versuch macht, gemeinsam mit den Brandleristen, deren Spekulationen in dieser Richtung laufen, eine eigene Organisation des Zentrismus, eine Art von neuer USP. aufzuziehen. Angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes würde eine solche Organisation zweifellos rasch zwischen der KPD. einerseits und der SPD. und Bourgeoisie andererseits zerrieben werden. Nichtsdestoweniger wäre die

Bildung einer solchen Organisation für die Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes ein beträchtliches Hemmnis und damit ein Verbrechen an der Arbeiterklasse.

Zusammengefaßt signalisiert die Entwicklung auf Grund des Leipziger Parteitages die Voraussetzungen für die Auslösung einer tiefgehenden Krise der SPD.

III. Unsere Aufgaben zur Auswertung des Leipziger Parteitages

Die Entwicklung der Sozialdemokratie auf Grund des Leipziger Parteitages und ihre weitere Perspektive bestätigen vollkommen die Linie und die Aufgabenstellung des XI. Plenums des EKKI. für die KPD. und die Beschlüsse der Plenartagungen des ZK. der KPD. im Januar und Mai 1931. In der Linie unserer Generalaufgabe: Eroberung der Mehrheit des Proletariats, richtete das Januarplenum des ZK. den Kurs der Partei auf die spezielle Aufgabe der Liquidierung des Masseneinflusses der SPD. und Liquidierung der SAJ. als Massenorganisation. Der Leipziger Parteitag und seine Auswirkungen ergeben für die Lösung dieser Aufgabe des Januarplenums, die durch das Maiplenum des ZK. unterstrichen und erhärtet wurde, glänzende Voraussetzungen.

Heran an die SPD.-Arbeiter!

Welche Aufgaben ergeben sich im einzelnen für uns bei der Auswertung des SPD.-Parteitages?

1. Unbedingte Durchführung der Anweisungen des Januarplenums des ZK. (Resolution und Referat des Genossen Thälmann, Broschüre „Volksrevolution über Deutschland", Seite 40) über die neuen Methoden zur Gewinnung der SPD.-Arbeiter.

Im einzelnen:

Oppositionelle Arbeiter nicht sich selbst überlassen, sondern direkt bearbeiten. Registrierung von SPD.-Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern; Ziel: in den einzelnen Bezirken und Unterbezirken ebensoviel SPD.-Mitglieder registrieren wie Parteimitglieder vorhanden. Abhaltung von Kursen und Zirkeln der oppositionellen SPD.-Arbeiter. Tatkräftige Unterstützung des Reichskomitees oppositioneller SPD.-Mitglieder und lokaler oder bezirklicher Komitees, wo solche auf wirklicher Massenbasis entstehen.

Bearbeitung der SPD.-Erwerbslosen und Betriebsarbeiter sowie der freigewerkschaftlichen Mitglieder, Verstärkung der Arbeit der RGO. an der innergewerkschaftlichen Front. Systematisches und organisiertes Herantreten an einzelne sozialdemokratischen Arbeiter in Betrieb und Wohnung.

Ausdehnung der Bearbeitung auch über die unteren und mittleren auf die führenden Funktionäre der linken SPD., unter klarer, scharfer und prinzipieller Frontstellung gegen den Zentrismus, mit dem Ziel der Differenzierung und vor allem der Verhinderung von Plänen zur Bildung einer neuen zentristischen USP.; entschiedener Kampf gegen die schädlichen und konterrevolutionären Beeinflussungsversuche der Brandleristen auf Teile der linken SPD.

Strikte Erfüllung der Parole des Januarplenums des ZK.:

Keine sozialdemokratische Versammlung ohne KPD.-Referenten! Keine sozialdemokratische Mitgliederversammlung ohne kommunistische Beeinflussung!

Arbeit unter den sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären nicht als ressortmäßige Gegnerarbeit, sondern als Arbeit der gesamten Partei führen. Ausbau bzw. Verbesserung von besonderen SPD.-Kommissionen bei den Bezirksleitungen, Unterbezirksleitungen und Ortsgruppenleitungen.

Durchführung einer Wendung in der Sprache unserer Agitation und Presse zu erfolgreichen, kameradschaftlichen Methoden.

Stärkere Herausarbeitung des Gegensatzes zwischen den zwei Systemen, des Sozialismus in der Sowjetunion und des niedergehenden Kapitalismus in Deutschland und der übrigen kapitalistischen Welt.

Offensive Fragestellung des Marxismus: KPD. — die Partei der marxistischen Front!

Fortführung unserer antifaschistischen Einheitsfrontpolitik mit den SPD.- und Reichsbannerarbeitern gegen den Mordfaschismus.

Neue Methoden der proletarischen Einheitsfrontpolitik

2. Ueber die Durchführung der vom Januarplenum des ZK. gestellten Aufgaben hinaus ergeben sich folgende neue Aufgaben:

a) Mobilisierung des gesamten Parteiorganismus für die Auswertung des SPD.-Parteitages. Einstellung der gesamten Partei-, RGO.-, Massen-, Betriebs-, Häuserblock- und Ortspresse auf die Kampagne zur Auswertung des SPD.-Parteitages.

b) Verbindung der Auswertung des SPD.-Parteitages mit dem gemeinsamen Massenkampf gegen die Notverordnung, Mobilisierung der SPD.-Arbeiter für die Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit, [illegible] Hungeraktion aller Volksfeinde. Einheitsfrontappell an die sozialdemokratischen Arbeiter unter der Losung: „Für Brüning oder für den Sozialismus?" — Gegen die Koalitionspolitik mit Brüning, für das Bündnis mit den Kommunisten! Gründliche Propaganda für den gemeinsamen politischen Massenstreik zur Beseitigung der Brüningregierung.

c) Durchführung einer Kampagne von öffentlichen Versammlungen, Betriebsversammlungen, [illegible] Versammlungen der SPD.-Arbeiter und sozialdemokratischen Anhänger überhaupt mit schärfster Frontstellung gegen die SPD. (Parteitagsbeschlüsse und Reichstagsfraktion).

d) Entschlossener Kurs auf die Einbeziehung der sozialdemokratischen Arbeiter in alle Einheitsfrontorgane (vorbereitende Kampfausschüsse der Betriebe usw.); Kurs auf Einbeziehung oppositioneller SPD.-Arbeiter in den revolutionären Vertrauensleutekörper der Betriebe und in die Betriebsgruppen der RGO.

e) Konzentrierung der Werbearbeit auf die SPD.-Arbeiter und -Arbeiterinnen und die Mitglieder der SAJ. Durchführung der Losung:

Jeder Kommunist wirbt einen SPD.-Arbeiter! Jeder Jungkommunist wirbt ein SAJ.-Mitglied!

Radikale Verbesserung unserer Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front

3. Von entscheidender Bedeutung für den Kampf um die Liquidierung des Masseneinflusses der SPD. ist ferner die Erfüllung der vom Maiplenum des ZK. gestellten Aufgabe, die Arbeit der Partei, der RGO. und der roten Verbände an der innergewerkschaftlichen Front der reformistischen Gewerkschaften radikal zu verbessern. Eine [illegible] demonstrative Wendung zur entschlossenen und kühnen Durchführung der Oppositionsarbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unter Ueberwindung aller Tendenzen des Gewerkschaftslegalismus und Opportunismus in der Praxis, aller Tendenzen des Zurückweichens vor der reformistischen Bürokratie ist von entscheidender Bedeutung für die erfolgreiche Organisierung von Abwehrkämpfen der Arbeiterschaft unter Führung der RGO. gegen die zweite Lohnabbauoffensive, gegen die Unternehmerangriffe auf die Tarife der Arbeiter, gegen die Vernichtung der Reste der Sozialpolitik. Die radikale Verbesserung dieser Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front muß mit der allgemeinen Verschärfung des Klassenkampfes innerhalb der reformistischen Gewerkschaftsbewegung ebenso zur Auslösung einer Krise des Reformismus führen, wie innerhalb der SPD.

IV. Unser Kampf um Preußen

Unsere Kampagne zur Auswertung des Leipziger SPD.-Parteitages muß in engster Verbindung mit der beginnenden Massenmobilisierung gegen die Preußenregierung der SPD. als Vorbereitung des Wahlkampfes in Preußen geführt werden. Unter der zusammenfassenden Bezeichnung „Unser Kampf um Preußen" müssen wir die stärkste Massenmobilisierung gegen den Polizeisozialismus und die sozialdemokratische Mißwirtschaft durchführen. Die Rolle der sozialdemokratischen Preußenregierung als stärkste Stütze der Brüningdiktatur muß nachdrücklichst in der gesamten Agitation und Propaganda der Partei herausgearbeitet und mit der Losung: „Fort mit Braun, fort mit Severing!" beantwortet werden. Dieser Kampf ist mit dem stärksten Einheitsfrontappell an die SPD.-Arbeiter zu verbinden.

V. Schmiedet die proletarische Einheitsfront!

Das Polbüro appelliert an die gesamte Partei, an alle Bezirksleitungen, Unterbezirksleitungen, Zellen und Ortsgruppen, an die RGO. und alle Massenorganisationen, mit größter Entschlossenheit die Offensive gegen die SPD. als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie bei der Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland und bei der Erhaltung des kapitalistischen Systems zu entfalten.

Von unserer Massenarbeit, von unserer Politik hängt es ab, die latente Krise der Sozialdemokratie in eine offene und akute Krise zu verwandeln. Die Politik der proletarischen Einheitsfront kann und muß von der Partei gegenwärtig, wo an die Stelle des Brandlerismus die starke marxistisch-leninistische Klassenlinie getreten ist, rückhaltlos und umfassend angewandt werden. Das Polbüro erwartet von allen Parteiorganisationen, daß sie im Sturmschritt an die Lösung der Aufgabe herangehen, die das Januarplenum des ZK. stellte.

Liquidierung des Masseneinflusses der SPD! Eroberung der sozialdemokratischen Arbeitermassen für den Kommunismus!

Werktätige Frau, das geht dich an!

„Was soll ich jetzt draußen anfangen?"

Es war in Wien. Die „Stadt der Lieder" und das „Paradies" der 2. Internationale.

So arg wie die Marie Wernhardt wurde ein Menschenkind selten vom Leben zerzaust. Eine Stiefmutter wachte über ihre Kindheit. Schlechte Behandlung zu Hause, das erstemal durchgebrannt mit 15 Jahren, die erste Diebstahlsstrafe mit 16 und von da an bis heute — sie ist jetzt 32 Jahre alt — 19 Strafen. Dann kommt der Mann, und das schlechte Leben, die schlechte Behandlung finden ihre Fortsetzung; er säuft, lebt von ihren Diebstählen, hatte ihr seinen Unterhaltsbeitrag in Prügel ab und verkommt schließlich.

Jetzt hatte die Schwangere ein Kaninchen gestohlen und stand wieder vor den Wiener Schöffen. Das Gericht verurteilte sie wegen Rückfallsdiebstahls zu drei Monaten Gefängnis. Und nun kam es zu dem folgenden Dialog:

Vorsitzender: Nehmen Sie die Strafe an?

Angeklagte: Ich danke für die milde Strafe und nehme sie an.

Vorsitzender: Sie werden jetzt enthaftet. Lassen Sie sich nach Ihrer Entbindung aber nicht wieder durch die Gendarmerie suchen, sondern kommen Sie freiwillig zum Strafantritt.

Angeklagte (weinend): Bitte, lassen Sie mich gleich hier! Was soll ich denn jetzt draußen anfangen? Ich kann in meinem Zustand doch keine Arbeit finden; bitte, lassen Sie mich da!

Vorsitzender: Das ist eine schwere Sache. Es ist eine zwingende Vorschrift, daß Schwangere zum Strafantritt nicht zugelassen werden dürfen. Es gäbe nur einen einzigen Ausweg. Diese Bestimmung findet auf die Untersuchungshaft keine Anwendung. Der Herr Staatsanwalt müßte die Fortdauer der Untersuchungshaft wegen Fluchtverdachts beantragen, dann dürfen wir Sie hierbehalten. Es ist wirklich besser für Sie, wenn Sie vorerst noch bei uns bleiben. Wenn das Kind dann geboren ist, haben Sie wenigstens die Strafe schon hinter sich.

Der Staatsanwalt stellt den Antrag auf Verhängung der Untersuchungshaft, und die Angeklagte wird, glücklich lächelnd, in ihre Zelle zurückgeführt, die ihr milder erscheint als die Freiheit.

Merkwürdige Kommunisten

Unter dieser Ueberschrift schreibt uns ein Arbeiter, der den Brief eines angeblichen kommunistischen Arbeiters in der Dresdner Volkszeitung gelesen hat, folgendes:

Die Dresdner Volkszeitung bringt einen Brief, der von einem kommunistischen Arbeiter stammen soll. Das zeigt, daß sie in außerordentlicher Bedrängnis ist. Die Berichte von SPD.-Arbeitern haben es ihr angetan. In ihrer Verlegenheit macht sie es aber so plump, daß jeder sofort die Mache erkennen kann. Fürsorglich bringt sie nur die Anfangsbuchstaben, ohne den Namen zu nennen. Dieser merkwürdige Kommunist, der natürlich auch „Mitglied der RGO" sein muß, schreibt einen merkwürdigen Stil. Z. B.: „... Auch die denkenden kommunistischen Arbeiter wissen, daß die SPD-Führer so gut Männer sind wie der kommunistischen und für ihre Partei das Beste wollen." Panzerkreuzerbewilligung, Brüning-Tolerierung, Streikabwürgung, das sind seltsame Resultate „guten Willens" der SPD. Den lächerlichen Satz würde kein ehrlicher sozialdemokratischer Arbeiter aussprechen, und das soll ein Kommunist ausgerechnet der Volkszeitung geschrieben haben? Die wahre Ursache dieses Briefwechsels kommt am deutlichsten zum Vorschein bei der Behauptung, „die kommunistischen Arbeiter fragten sich", wozu die Veröffentlichung von SPD-Versammlungsberichten in der Arbeiterstimme eigentlich dienen sollte; denn „die Berichte kann man ebensogut in der SPD-Presse lesen ..." Das ist des Pudels Kern! Aber der seltsame „Kommunist" scheint gar nicht gemerkt zu haben, daß eben deshalb die SPD-Arbeiter die Berichte an die Arbeiterstimme schicken, weil das, was darin stand, von der Volkszeitung unterschlagen worden ist. Das ganze ist nur eine verlogene „Revanche" der Volkszeitung für diese Entlarvung. Und wahrscheinlich ist Herr Holzapfel aus der Lokalredaktion der Volkszeitung gerade für diesen Zweck auf einige Minuten „Kommunist" geworden, um diesen kindischen „Brief" zu fabrizieren. Ich möchte der Volkszeitungsredaktion empfehlen, etwas geschickter zu lügen.

Dieser treffenden Illustration haben wir nichts hinzuzufügen.

Dresdner Richtzahlen gestiegen

Das Statistische Amt der Stadt Dresden meldet, daß die Kosten für die Lebenshaltung im Ansteigen begriffen sind. Es sind gegenüber Mai die Richtzahlen für die Kosten der Lebenshaltung (Ernährung, Heizung und Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung, Reinigung, Körperpflege, Bildung und Verkehr) im Juni von 135 auf 135,4 gestiegen. Die Löhne und Gehälter sinken, Steuern und Zölle bewirken ein weiteres Sinken des Einkommens. Zu all dem aber steigen die Kosten für Ernährung. Auch ein Beitrag zum Preissenkungsschwindel, der offiziell vor einem halben Jahr betrieben wurde.

Das ist göttliche Weltordnung, der die Werktätigen bei Strafe ihres Unterganges Kampf ansagen müssen.

Schachspieler von Dresden-N.!

Der Sportverein 02 gründet am Dienstag eine Schachabteilung. Die Gründung wird im Restaurant zur Schmiede, Hechtstraße, um 20 Uhr vollzogen. Die Schachabteilung [illegible] DSB 10 spielt dabei gegen die Anwesenden einen Wettkampf. Schachspieler und die Schach lernen wollen werden dazu eingeladen.

Unsere Filiale

Literatur-Vertriebs-G. m. b. H.

Dresden-A., Flemmingstraße 5, Laden, ist am 30. Juni 1931

aufgelöst

Literatur-Vertriebs-G. m. b. H.

Berlin SW, Kochstraße 56

Achtung!

Litobleute, Genossen!

Buch- und Zeitschriftenvertrieb Sachsen

befindet sich vom 1. Juli 1931 in

Dresden-A., Rosenstraße 76, Hth. 1.

SCHLAF-ZIMMER [illegible] nur 300.-

Der „Rote Wähler" ist deine Zeitung

Verlange sie von jedem Zeitungskolporteur

Verantwortlich für Lokales: Otto Häbel, Dresden; für [illegible] der Auslandsteile, Provinz, Gewerkschaft, Sport, Radio und [illegible] für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. [illegible] Rudolf Renner, Dresden; für Ausland: Karl Preißner, Berlin; für [illegible] und Reportage: Otto Wilde, Berlin; für Inserate: Wilhelm Schmidt, Dresden, [illegible]straße 2.